



ARE- KURZINFORMATION – Serienfax/ E-mail-Kette Nr. 209 -vip-

10.02.2012

Liebe ARE-Mitglieder und Mitstreiter für Rechtsstaat, Recht, Eigentum und Aufbau Ost, liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Über folgende Punkte wollen wir Sie diesmal informieren:

ZEALG:

Bei einem Gespräch zwischen den für das EALG und Ausgleichsfragen zuständigen Abgeordneten von Bundes- CDU und -FDP wurden in Bezug auf vergünstigten Flächenerwerb und Enteignungen am 06.02 folgende Punkte erörtert:

1. Eigentlich gibt das ZEALG vor, dass von den Landesämtern übermittelte Fälle innerhalb von 2 Monaten der neuen Grobberechnung unterzogen werden. Da diese aber 10 Planstellen unter Soll sind und außerdem die neuen Leute einarbeiten müssen, schaffen sie derzeit die zwei Monate nicht. Im Laufe des Jahres 2013 soll es soweit sein.
2. Letztes Jahr lag die Beschwerde eines landwirtschaftlichen Alteigentümers vor, dass eine BVVG Niederlassung sich nicht mit dem Bescheid der Grobberechnung zufrieden geben wollte. Diese Situation war unhaltbar, da durch die neu eingeführte Grobberechnung die Bearbeitungszeit bis zur endgültigen Berechnung natürlich verlängert worden wäre und das ganze Gesetz nur Sinn ergäbe, wenn die BVVG den Landerwerb mittels des vorläufigen Grobbescheides abwickeln würde. Dies habe man inzwischen mit der BVVG geklärt, sodass es hierbei keine Probleme mehr geben sollte.
3. Es herrsche totale Verwirrung, wie viele offene Fälle es noch gibt. In ihrer Praxis hätten die Abgeordneten kaum mit Fällen landwirtschaftlicher Alteigentümer zu tun, sondern die Masse ihrer Fälle wären Enteignungen der DDR-Zeit. Die Landesämter wissen entweder keine Zahlen oder wollen sie nicht wissen (im Raum stehen Schätzungen zwischen 1000 und 4000 Fällen, die möglicherweise für eine Flächenvormerkung bei der BVVG bedeutsam werden könnten).

Da dieses ein wenig befriedigendes Ergebnis brachte, sollen bezüglich der Umsetzung des ZEALG im März weitere Gespräche stattfinden.

Koalitionszusagen von 2009:

Bezüglich der von uns immer wieder angemahnten Umsetzung der in den Koalitionsvereinbarungen von 2009 zugesagten und festgelegten Prüfungen der Möglichkeiten für eine Verbesserung der Ausgleichsleistungen bzw. Entschädigungen (z.B. bei Grundstücken im Besitz von Bund, Ländern und Kommunen) haben wir jetzt folgende Auskunft erhalten:

Es soll ein Bericht der beim Bundesfinanzministerium angesiedelten Arbeitsgruppe fertig gestellt sein; über den Inhalt ist noch nichts zu erfahren. Offenbar finden aber in den nächsten zwei Wochen interne Treffen aus den Parteispitzen CDU und FDP sowie Abstimmungsgespräche statt, die dazu führen können, dass es klärende Aussagen bis Anfang März geben kann.

Falls es bei der Umsetzung der Zusagen keine Verständigung gibt, soll -laut Aussagen- auch mitgeteilt werden, dass die gegebenen Absichtserklärungen mit den entsprechenden Folgen in dieser Legislaturperiode nicht mehr weiter verfolgt werden.

Wir sind laufend an der „Frage“ dran und halten Sie auf dem Laufenden. Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

BNE und Enquetekommission:

Die Bemühungen zur Etablierung von Enquetekommissionen in den jungen Ländern nach dem Beispiel Brandenburgs gehen weiter. Insbesondere wurden zahlreiche Missbrauchs- und Unrechtsfälle für die regionale Dokumentation zusammengestellt.

Besonders der BNE bereitet im Zusammenwirken mit Enteignungs- und Verfolgungsoptionen eine Reihe von Demonstrationen (Landtag Potsdam und Sachsen) und Veranstaltungen vor.

Die nächsten Sitzungen der Enquetekommission Potsdam auch Bereich V

Eigentumstransformationen nach der Wende finden an folgenden Terminen jeweils ab 10 Uhr in Raum 306 im Brandenburger Landtag statt:

17.02., 23.03., 27.04., 25.05., 15.06., 24.08., 21.09. 19.10., 16.11., und 07.12..

Auch die Wiederaufnahme der Merkel- Unterschriftenaktion und der Vorschlag einer bundesweiten Regelung für echte Wiedergutmachung (Stichwort: Bodenreformbereinigungsgesetz) steht weiterhin auf der Tagesordnung.

So viel für heute

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ARE-Team

und Manfred Graf v. Schwerin



Besuchen Sie uns im Internet: www.aren-org.de

FRE-Seite: www.freiheitsforschung.de